

KV Niedersachsen fordert Inflationsausgleich für Arzt- und Psychotherapeutenpraxen

Inhaber können ihre Praxen unter den gegebenen finanziellen Bedingungen nicht kostendeckend führen

Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) hat heute in Hannover vor einer bevorstehenden unzureichenden ambulanten Patientenversorgung gewarnt. Konkret drohten Praxisschließungen, lange Wartezeiten und zunehmende Versorgungslücken für die Patientinnen und Patienten. Grund dafür seien neben falschen politischen Weichenstellungen die hohe Inflation und die damit verbundenen massiven Kostensteigerungen. Diese gefährdeten immer mehr kassenärztliche und kassenpsychotherapeutische Praxen in ihrer Existenz.

„Die KVN steht geschlossen hinter der Forderung ihrer rund 14.700 Ärztinnen und Ärzten sowie Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten einen finanziellen Inflationsausgleich bei den diesjährigen Honorarverhandlungen zu schaffen. Nur durch ein wirkungsvolles Abfedern der Ausgabenentwicklung in den Praxen können die ambulanten Strukturen weitgehend erhalten werden. Viele Ärzte und Psychotherapeuten werden ihre Praxen unter den gegebenen Bedingungen nicht länger kostendeckend führen können“, sagte Dr. Eckart Lummert, Vorsitzender der KVN-Vertreterversammlung.

„Die Inflationsraten der vergangenen Monate von acht bis zwölf Prozent treiben die Ausgaben der Praxen zum Beispiel für medizinische Verbrauchsgüter massiv in die Höhe. Dazu kommen die Steigerungen der Gehälter des Personals und die hohen Strom- und Heizkosten. Die vergleichsweise viel zu niedrige Honorarsteigerung für das laufende Jahr von zwei Prozent, reichen nicht annähernd aus, um die steigenden Kosten auszugleichen. Ohne finanziellen Inflationsausgleich würden Praxisinhaber daher vermehrt gezwungen sein, ihre Praxen für Stunden, Tage oder sogar dauerhaft zu schließen. Die Versorgung kann unter solchen Umständen in der bisherigen Form kaum noch sichergestellt werden“, ergänzte Dr. Ludwig Grau, stellvertretender Vorsitzender der KVN-Vertreterversammlung.

„Krankenhäuser werden zum Teil mit zusätzlichem Geld am Laufen gehalten. Die Praxen der Niedergelassenen, die mit Abstand den Großteil der Gesundheitsfürsorge von Patientinnen und Patienten leisten, kommen im politischen Wortschatz dieser Tage höchst selten vor“, kritisierte der KVN-Vorstandsvorsitzende Mark Barjenbruch. Dieses Versäumnis sei „ein Armutszeugnis für das gesamte Gesundheitssystem“.

„Unter diesen Vorzeichen bekommen wir auf Dauer keinen Nachwuchs in unsere Praxen und das wird sich künftig noch stärker auf

die Versorgung von Patientinnen und Patienten auswirken“, so der stellvertretende KVN-Vorsitzende Thorsten Schmidt. Die Politik und die Vertragspartner müssten Rahmenbedingungen schaffen, die selbständige Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wieder gerne und mit Zuversicht in die Selbständigkeit bringe.

Die Spitze der KVN-Vertreterversammlung und der KVN-Vorstand sind sich einig: Erfolge kein finanzieller Ausgleich für die massiv gestiegenen Kosten, könne den Praxisangestellten kein adäquates, wettbewerbsfähiges Gehalt mehr gezahlt werden. Die schon jetzt bestehenden Gehaltsunterschiede zu anderen Mitwettbewerbenden auf dem Arbeitsmarkt würden sich vergrößern, viele Angestellte hätten die Praxen bereits verlassen. Ohne Kompensation der steigenden Kosten bei Energie, Personal, IT sowie Dienst- und Sachleistungen würden die Praxen ihr Leistungsangebot zwangsläufig vermindern müssen. Maßstab für die Verhandlungspositionen könnten etwa die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst sein, dazu die Preissteigerungen bei den betrieblichen Fixkosten und die Kosten für neu hinzukommende Leistungen.